

## Verkehrswende in Kommunen

# Wege und Holzwege

> Kerstin Haarmann

Wie schaffen wir es die Klimaziele im Verkehr zu erreichen? Alle reden davon, weniger zu fliegen und dass es mehr E-Autos sowie Ladesäulen benötige. Medien berichten aufgeregt von SUV-Bashing. Aber was braucht nachhaltige Mobilität wirklich? Die sechs Kernforderungen des VCD für die Verkehrswende lauten:

1. Fuß- und Radwege deutlich ausbauen.
2. Mindestens Verdopplung der Bus- und BahnutzerInnen – auch im Güterverkehr.
3. Ab 2030 keine Neuzulassung von Benzinern und Diesel mehr, Zahl der Pkw deutlich verringern, zum Beispiel durch innovative Stellplatzverordnungen mit niedrigen Stellplatzschlüsseln.
4. Neue Höchstgeschwindigkeiten auf Autobahnen, Landstraßen und innerorts: 120, 80 und 30 Kilometer pro Stunde.
5. Kostengerechtigkeit im Verkehr herstellen, das heißt die Basis für Steuern und Abgaben im Verkehr muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sein. Also: Abschaffung der umweltschädlichen Subventionen wie Dienstwagen- und Dieselpriwilieg sowie die Steuerfreiheit von Kerosin.
6. Mobilitätsbildung für alle Altersstufen.

Für die Umsetzung der Verkehrswende muss dringend die Straßenverkehrsordnung (StVO) geändert werden, damit zukünftig Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit sowie eine nachhaltige Stadtentwicklung neben die dominierende „Leichtigkeit“ des Verkehrs treten. Die Kommunen benötigen zudem „Experimentier-Klauseln“, damit sie ausprobieren können, was wirkt. Damit die absolute Vorschriftengläubigkeit mancher „Verkehrstaliban“ in den Straßenbauämtern ins Wanken gerät, wenn es um die Zulässigkeit von Zebrastreifen oder Geschwindig-

keitsbegrenzungen vor Ortseingängen geht. Zukünftig darf dann gerne der Fokus auf das Nachmessen der tatsächlichen Breite von Fahrradwegen gelegt werden. Da kann man manche Überraschung erleben, zum Beispiel dass die gesetzlich vorgeschriebene Mindestbreite nicht eingehalten ist!

Was können die Kommunen tun? Da 80 Prozent aller Wege von zu Hause ausgehen, sollten Kommunen ein besonderes Augenmerk auf Maßnahmen richten, die nachhaltige Mobilität im Wohnumfeld fördern: zum Beispiel saubere und sichere Fahrradständer ebenerdig direkt vor der Haustür; Verleih von E-Lastenrädern und Pedelecs sowie Fahr-

radwerkstätten in Kooperation mit Vereinen direkt im Quartier, oder Carsharing-Stationen. Checklisten hierzu und weitere Handlungsempfehlungen für Kommunen bietet der VCD auf seiner Homepage.

Wegen knapper Verkehrsflächen innerorts müssen selbstverständlich das Parkplatangebot für Autos verknappt und Pkw-Fahrspuren zu Busspuren umgewidmet werden. Die autogerechte Stadt ist out, denn sie ist eine ungerechte Stadt für alle anderen! Der Luftverkehr leistet im Übrigen keinen Beitrag zur kommunalen Verkehrswende. Er ist bekanntermaßen sehr Klima- und Gesundheitsschädlich und erfordert in der Regel Millionen an Subventionen. Zudem gehört der Betrieb von Flughäfen nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben.

> Kerstin Haarmann ist Bundesvorsitzende des Verkehrsclub Deutschland (VCD).



Foto: Verena Neuhaus